

Fraktionsanträge Amt 55/JC/GGFA AÖR und zum Arbeitsprogramm 2021 von Amt 55

Antrags-Nr.	Betreff	Auswirkung Budget	Abwägungsgründe/Anmerkungen Amt 55 bzw. GGFA	Abstimmungsergebnis
Nr. 186/2020 SPD	Berichtsantrag Notschlafstelle		Die GGFA arbeitet dem Jugendamt insoweit zu; Abstimmung zwischen Herrn Maisch und Herrn Rottmann (Amt 51) vom 3.11.; GGFA berichtet an Amt 51 zur bisherigen Erfahrung in der Umsetzung des § 16h SGB II, wofür über einen längeren Zeitraum zusätzliches Personal eingesetzt war; (Stand 04.11.20).	Herr Rottmann führt die Ergebnisse zusammen und wird die Anfrage im Jugendhilfeausschuss bearbeiten. Frau StdR. Niclas möchte die Ergebnisse als MZK im nächsten Ausschuss.
Nr. 188/2020 Grüne Liste	Ein Fahrrad für jedes Kind		Der Antrag wird - nach Rücksprache zwischen Herrn Worm und Herrn Lennemann (31 AL) gemeinsam mit Antrag Nr. 332/2020 Grüne Liste (s.u.) von GGFA und Amt 31 gemeinsam bearbeitet; Ansprechpartnerin bei Amt 31 ist Frau Thiemann (städtische Fahrradbeauftragte); Ziel ist die grundsätzliche Beauftragung der GGFA durch das Umweltamt; ein Arbeitsgespräch ist für den 01.12.2020 terminiert (Stand 04.11).	Kenntnisnahme im Sozialbeirat Kenntnisnahme im SGA Frau StdR. Niclas bittet, dass der Antrag der SPD mit veröffentlicht wird.

<p>Nr. 256/2020 SPD</p>	<p>Ausweitung Energiesparberatung mit Ersatz stromfressender Altgeräte für Sozialleistungsbezieher*innen</p>		<p>Der Antrag 256/2020 ist hiermit bearbeitet.</p> <p>Eine Aufnahme ins Arbeitsprogramm des Amtes 55 ist nicht sinnvoll und notwendig, da</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bürger*innen mit Stromschulden oder auffälligen Energiekosten bereits laufend proaktiv auf die Energieberatung hingewiesen werden 	<p>Abstimmung Sozialbeirat einstimmig</p> <p>Abstimmung SGA einstimmig</p>
-----------------------------	--	--	---	--

			<ul style="list-style-type: none"> - die JC-Website einen Link auf die Broschüre „Gut beraten, Günstig leben“ enthält - in die Unterlagenanforderung des JC ein Hinweis auf die Broschüre aufgenommen wurde - das JC wirkt auf die Versorgung der Bürger*innen mit energieeffizienten Geräten hin und setzt dies für die Erstausrüstung durch das Sozialkaufhaus auch konsequent um. 	
--	--	--	---	--

<p>Nr. 257/2020 SPD</p>	<p>Bessere Chancen für Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt</p>		<p>Der Antrag 257/2020 ist hiermit bearbeitet.</p> <p>Der Antrag betrifft nicht das Arbeitsprogramm des Amtes 55.</p> <p>Der Bereich Integration des Jobcenters (GGFA AÖR) stimmt dem Anliegen dem Grunde nach zu. Der Aufbau einer Beratungsstruktur zu § 61 SGB IX, Budget für Arbeit ist aber nicht Aufgabe des Jobcenters. Im Rahmen der jetzt schon existierenden Beratungsleistung durch ACCESS wird dieser Auftrag erfüllt.</p> <p>Im sog. Zielekompass des Referats V ist die Promotion des Budgets für Arbeit als ein gemeinsam von Gewerkschaftsseite und ACCESS zu verfolgendes Ziel festgelegt.</p>	<p>Abstimmung über Originalantrag Sozialbeirat einstimmig abgestimmt und angenommen</p> <p>Abstimmung über Originalantrag SGA einstimmig abgestimmt und angenommen</p>
<p>Nr. 258/2020 SPD</p>	<p>Armut durch Bildung überwinden: Angebote für langzeitarbeitslose Frauen</p>		<p>Der Antrag betrifft nicht das Arbeitsprogramm des Amtes 55.</p>	<p>Kenntnisnahme im Sozialbeirat</p> <p>Kenntnisnahme im SGA</p>

		<p>Der Bereich Integration des Jobcenters (GGFA AÖR) stimmt dem Anliegen dem Grunde nach zu. Partizipativ mit der Zielgruppe erarbeitete Bildungsangebote außerhalb der SGB II/III Instrumentarien sind hilfreich und unterstützend auch für den Integrationsprozess. Im Bereich der SGB II – Instrumente stehen mit Maßnahmen wie z.B. IdEE-Konzept (Qualifizierungsmaßnahme), Leo (Flüchtlingsfrauen mit Kindern unter und über 3 Jahren), Kajak (Coachingmaßnahme) bereits bewährte Instrumente zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es spezialisierte Fallmanagement-Teams für Alleinerziehende und Erziehende mit nicht fremdbetreuten Kindern unter 3 Jahren.</p> <p>Die im Antrag eingeforderten, über den SGB IIBereich hinausgehenden Angebotsstrukturen können bei der GGFA selbst oder durch Dritte mit der Zielgruppe entwickelt werden. Ausreichende Personalkapazität ist bei der GGFA nicht vorhanden. Sie müsste geschaffen werden. Die dafür erforderliche Finanzierung sollte nicht bei Amt 55 angesiedelt werden. Mittel des Amtsbudgets des Jobcenters, Amt 55 würden so für Zwecke außerhalb des SGB II verwendet. Eine Beanstandung durch die verschiedenen Prüfinstanzen kann nicht ausgeschlossen werden. Auch wegen Personalunion von Amtsleitung und Vorstand ist der Anschein von „In-Sich-Finanzierung“ zu vermeiden.</p>	<p>Über Originalantrag einstimmig abgestimmt und angenommen</p>
--	--	---	---

<p>Nr. 282/2020 Grüne Liste/erlanger linke</p>	<p>Wiederverwendung gebrauchter Elektrogeräte steigern</p>		<p>GGFA steht mit dem zuständigen Mitarbeiter des Umweltamts (Amt 31) bereits in Kontakt; Amt 31 wird den Antrag mit Zuarbeit seitens der GGFA bearbeiten. (Stand 04.11.20)</p>	<p>Die Ausführungen dienen Sozialbeirat und SGA zur Information; Behandlung erfolgt im UVPA Kenntnisnahme im Sozialbeirat Kenntnisnahme im SGA</p>
<p>Nr. 332/2020 Grüne Liste</p>	<p>Erlangen steigt auf</p>		<p>Bei dem Antrag handelt es sich nicht um einen Antrag zum Arbeitsprogramm der Ämter 50 oder 55; zur inhaltlichen Bearbeitung siehe oben zu Antrag Nr. 188/2020</p>	<p>Kenntnisnahme im Sozialbeirat Kenntnisnahme im SGA</p>

<p>Nr. 354/2020 CSU</p>	<p>„Elektronische Post“ im Jobcenter</p>		<p>Der Antrag 354/2020 ist hiermit bearbeitet.</p> <p>Aufnahme in das Arbeitsprogramm des Amtes</p> <p>Eine ist 55</p> <p>nicht - sinnvoll und notwendig, da im Jahr 2021 die 2020 begonnene Einführung der E-Akte im Fokus steht und die personellen Ressourcen für ein weiteres Projekt im ITBereich nicht ausreichend sind zum 31.12.2022 das OZG in Kraft tritt, das eine Digitalisierung diverser Angebote ohnehin vorsieht und in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit digitaler Post geprüft wird; dieses Thema steht somit 2022 auf der Agenda</p> <p>- es ist nicht sinnvoll, in diesem Zusammenhang eine spezielle Fachamtslösung anzustreben, sondern vielmehr auf zentral bereitgestellte Komponenten des Freistaats Bayern zu setzen; eGov arbeitet im Rahmen der OZG-Umsetzung aktuell daran</p>	<p>Abstimmung über Originalantrag Sozialbeirat einstimmig</p> <p>Abstimmung über Originalantrag SGA einstimmig</p>
			<p>- seitens der Bürger*innen bislang kaum Interesse am Erhalt elektronischer Post signalisiert wurde</p>	